

Frankfurt, 30. September 2020

### **Stellungnahme zum Bericht des Revisionsamtes**

Der heutigen Berichterstattung der Presse mussten wir entnehmen, dass der Leiter des Revisionsamtes Hans-Dieter Wieden in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses dem AWO Kreisverband Frankfurt mangelnde Kooperationsbereitschaft vorwirft. Weiter führt er aus, dass angeforderte Unterlagen noch immer nicht zur Verfügung gestellt würden. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

„Wir sind erstaunt über die Aussagen des Amtsleiters Wieden. Uns ist nicht klar, wie er zu dieser Einschätzung kommt, da die laufenden Prüfungen durch das Dezernate Integration und Bildung sowie das Dezernat Soziales, Senioren, Jugend und Recht und den von diesen beauftragten Wirtschaftsprüfern durchgeführt wurden. Lediglich bei einem Gespräch mit Vertretern der Stadt war das Revisionsamt vertreten. Darüber hinaus hatten wir keinen direkten Kontakt zum Revisionsamt der Stadt Frankfurt oder haben Anforderungen von Unterlagen oder Fragen durch dieses erhalten“, zeigt sich der Vorstandsvorsitzende Steffen Krollmann verwundert, der bereits seit Anfang März die Prüfungen begleitet.

Die von der Stadt beauftragte Wirtschaftsprüfung Witt war im Jahr 2020 (Januar bis September) an insgesamt 28 Tagen in den Räumen der AWO Frankfurt und hat eine Vorort-Prüfung durchgeführt. Hierzu wurden dem Wirtschaftsprüfer Herr Fengels und seinen Kollegen die vollständigen Buchungsbelege, darunter die Einzellohnkonten und Jahreslohnkonten, aus den Jahren 2016 bis 2019 mittels USB-Stick zur Verfügung gestellt. Dies wurde durch eine Empfangsbestätigung quittiert. Darüber hinaus konnte der Prüfer auch Einblick in 391 Originalbelege nehmen. Einige angeforderte Belege konnten jedoch nicht zur Verfügung gestellt werden, da diese durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt beschlagnahmt wurden. Um die Beschaffung dieser Unterlagen wollten sich die Wirtschaftsprüfer selbst bemühen.

Lediglich in einem Sachverhalt konnten die angeforderten Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt werden, da diese den der AWO gegenüber kommunizierten Prüfauftrag deutlich überschritten. Es handelte sich hierbei um Spendenbescheinigungen und Abrechnungsunterlagen von einer nicht bei dem AWO Kreisverband Frankfurt beschäftigten Person.

**Pressemitteilung**

Hierüber wurde das von Frau Prof. Dr. Birkenfeld geführte Dezernat umgehend informiert und um Klärung und Anpassung des zugrundeliegenden Prüfauftrages gebeten. Von Seiten des Dezernates wurde eine schnelle Klärung versprochen, die bisher allerdings nicht erfolgte.

Ergänzend zu den Vorort-Prüfungen haben beide Dezernate im Zeitraum Januar bis September insgesamt rund 100 Fragen übermittelt und um Beantwortung gebeten. Dies ist erfolgt. Alle Fragen wurden zeitnah und ausführlich beantwortet.

Es handelt sich dabei um ein Schreiben der Stadt Frankfurt (Stabsstelle Unterbringungs- management und Flüchtlinge) vom 16.01.2020 mit Fragen zu den Themen Ehrenamtszuschalen, Therapeutikum, AWO Protect gGmbH, Catering Gutleutstraße, Personal (Zeitraum 2016 bis 2018) und Maklerkosten. Die Antworten wurden per USB Stick 03.02.2020 per Kurier übergeben.

Ein weiteres Schreiben der Stadt Frankfurt (Stabsstelle Unterbringungsmanagement und Flüchtlingen) datiert auf den 24.03.2020 wegen möglicher Zahlungsansprüche/Verrechnung wurde am 15. Mai 2020 beantwortet.

Mit einem Schreiben vom 01.04.2020 Seitens der Stadt (Jugend- und Sozialamt) wurde um Einreichung umfangreicher Unterlagen (Mietverträge, Sachkontenlisten) gebeten, ergänzend wurden 15 Fragen aus den Bereichen Altentagesstätten, Jugendhäuser, Soziale Betreuung, Stadtteilberatung , Quartiersmanagement und der Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen übermittelt. Die Fragen wurden beantwortet und die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Ein entsprechender Stick wurde am 17.04.2020 übergeben.

Am 09.04.2020 wurde durch die Stadt Frankfurt (Stadtschulamt) ein Fragenkatalog zu den Themenfeldern Personalausgaben, Sachausgaben, Gesamtkosten, Einnahmen und Gesamtergebnis übermittelt, die in rund 25 Unterfragen aufgeteilt waren. Diese wurden ebenfalls beantwortet. Mit einem weiteren Schreiben der Stadt Frankfurt (Stadtschulamt) vom 11.09.2020 wurden 33 Fragen übersandt. Diese Fragen wurden am 29.09.2020 beantwortet.

„Auch können wir den Vorwurf nicht nachvollziehen, wir würden auf den Eintritt der Verjährung spielen. Wir haben uns bisher sehr kooperativ gezeigt, haben immer zeitnah geantwortet und hatten bisher den Eindruck, dass ein konstruktives Klima in der Zusammenarbeit und dem gemeinsamen Aufklärungsbemühen herrsche. Deshalb ergreifen wir nun

die Initiative und wollen den Leiter des Revisionsamtes zu einem Gespräch einladen, indem er uns gegenüber darlegen kann, wo er weiteren Kooperationsbedarf unsererseits sieht. Natürlich stehen wir auch dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Sozialausschuss sowie den Fraktionen Rede und Antwort, falls dies gewünscht ist. Frau Rossbrey nutzte bereits die Bürgerfragestunde des Sozialausschusses, um dort zu berichten, eine offizielle Einladung in Ausschüsse ist bisher noch nicht erfolgt“, so Steffen Krollmann weiter.